

Fragen

für die Fragestunde der 208. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 10. Februar 2021

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Akbulut, Gökay (DIE LINKE.)	88, 89	Holtz, Ottmar von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	90, 91
Amtsberg, Luise (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	78	Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	32, 45
Badum, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5	Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	17, 41
Baerbock, Annalena (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12, 37	Jung, Christian, Dr. (FDP)	60, 61
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	46, 71	Kappert-Gonther, Kirsten, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	51, 92
Brandner, Stephan (AfD)	1, 2	Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	67, 68
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	18, 84	Kindler, Sven-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	53, 54
De Masi, Fabio (DIE LINKE.)	82, 83	Klein-Schmeink, Maria (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	49, 50
Dröge, Katharina (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	4, 42	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9, 63
Faber, Marcus, Dr. (FDP)	6, 52	Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	8, 69
Friesen, Anton, Dr. (AfD)	35, 85	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	64, 65
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	55, 56	Lay, Caren (DIE LINKE.)	7
Gelbhaar, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	58, 59	Luksic, Oliver (FDP)	3, 44
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	34	Neu, Alexander S., Dr. (DIE LINKE.)	28, 29
Hahn, André, Dr. (DIE LINKE.)	13, 62	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	87
Herbrand, Markus (FDP)	36, 73	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	22, 23
Herbst, Torsten (FDP)	43, 77	Polat, Filiz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	80, 81
Herrmann, Lars (fraktionslos)	38, 75	Renner, Martina (DIE LINKE.)	19, 86
Hoffmann, Christoph, Dr. (FDP)	33	Reuther, Bernd (FDP)	72
Hohmann, Martin (AfD)	27, 74		

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Rottmann, Manuela, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	16, 48	Skudelny, Judith (FDP)	20, 21
Rüffer, Corinna (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	39, 40	Spaniel, Dirk, Dr. (AfD)	14
Sarrazin, Manuel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	76	Stumpp, Margit (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	57
Schmidt, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	70, 79	Verlinden, Julia, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	10, 11
Schreiber, Eva-Maria (DIE LINKE.)	15, 66	Vogler, Kathrin (DIE LINKE.)	30, 31
Schulz-Asche, Kordula (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	26, 47	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	24, 25

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz.....	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.....	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung.....	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	19
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.....	20
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	21
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat	22
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts.....	25

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Wirtschaft und Energie**

1. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Wie groß war nach Kenntnis der Bundesregierung im Januar 2021 der Kreis der Anspruchsberechtigten für die außerordentlichen Wirtschaftshilfen für diejenigen Unternehmen, die von den Schließungsmaßnahmen zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie betroffen waren, und wie viele der Anspruchsberechtigten haben ihre Ansprüche hierfür gegenwärtig bereits geltend gemacht?

2. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Welche wirtschaftlichen Auswirkungen wird nach Ansicht der Bundesregierung eine weiter andauernde Schließung von Unternehmen hierzulande zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie, speziell auf die kleineren und mittleren Unternehmen, haben, wie sie der Bundesminister für Wirtschaft und Energie vor kurzem in Aussicht gestellt hat, auch wenn der Sieben-Tage-Inzidenzwert von 50 Infektionen pro 100.000 Einwohnern unterschritten sein sollte (www.welt.de/wirtschaft/article225366649/Peter-Altmaier-haelt-Lockdown-auch-bei-Inzidenz-von-unter-50-fuer-moeglich.html; www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/altmaier-haelt-lockdown-auch-bei-inzidenz-unter-50-fuer-denkbar,SNfrmLE)?

3. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP) Wie hoch sind die bisher im Rahmen der Corona-Pandemie für das Saarland jeweils zugesicherten sowie bisher ausgezahlten Bundesmittel insgesamt?

4. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wird die Bundesregierung Unternehmen, die aufgrund der Corona-Maßnahmen vollständig schließen müssen und daher einen Umsatzrückgang von 100 Prozent verzeichnen, im Rahmen der Überbrückungshilfe III eine Erstattung der erstattungsfähigen Fixkosten in Höhe von 100 Prozent ermöglichen, statt wie bisher in Höhe von nur 90 Prozent, und wenn nein, weshalb nicht?

5. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung, noch einmal Änderungen an den Auszahlungsvorgaben der Corona-November-/Dezemberhilfen für die Brauereigaststätten vorzunehmen, wodurch die Mischbetriebsregelung abgeändert wird und Brauereigaststätten an vergleichbare Gaststättenvorgaben angepasst wird, nachdem deutlich wurde, dass die bereits erlassenen Änderungen der Bundesregierung (siehe Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage auf Bundestagsdrucksache 19/26440) die Branche weiterhin in drohenden Existenznöten belassen (www.nordbayern.de/wirtschaft/kein-e-november-und-dezemberhilfen-brauereien-warten-vergeblich-1.10748798)?
6. Abgeordneter
Dr. Marcus Faber
(FDP)
- Womit begründet die Bundesregierung die Änderungen bei der Förderung zum energieeffizienten Bauen zum 1. Januar 2021, wie zum Beispiel die Stichtagsänderung des Vorhabenbeginns, und welche Auswirkungen haben diese Änderungen nach Kenntnis des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie auf die Förderung im Jahr 2021 im Vergleich zu früheren Förderungen im Jahr 2020?
7. Abgeordnete
Caren Lay
(DIE LINKE.)
- Wie viele Mittel sind aus dem Energie- und Klimaschutzfonds zur Unterstützung des Strukturwandels in den vier Braunkohleregionen sowie aus dem Fonds im Rahmen der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ für das Projekt „Zukunftswerkstatt Lausitz“ in den Jahren von 2017 bis 2020 abgeflossen (bitte jeweils einzeln nach Projekten und Jahren aufschlüsseln)?
8. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Wer ist nach Kenntnis der Bundesregierung haftbar zu machen, wenn die finanziellen Rückstellungen der Betreiber von Windenergieanlagen für den Rückbau nicht ausreichen (www.agrarheute.com/energie/windraeder-rueckbau-bringt-riesen-probleme-563197)?
9. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, dass Polen seine Energieplanung für 2040 am 2. Februar 2021 beschlossen hat, obwohl die Bundesregierung fristgerecht die potenzielle Betroffenheit Deutschlands gemeldet hatte (vgl. www.eimagazine.com/newspoland-approves-new-energy-policy-8494056 und www.rnd.de/politik/polenbaut-akw-an-der-ostsee-deutschland-beantragt-mitsprache-JWRMUJMU45HRLFXB7SDR4DLMFM.html), und wird die vorgezogene Verabschiedung der Planung die Bundesregierung voraussichtlich daran hindern, zu den polnischen AKW-Plänen Stellung zu nehmen?

10. Abgeordnete
Dr. Julia Verlinden
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum hat das Bundeswirtschaftsministerium es nach meiner Kenntnis versäumt, im Rahmen der in der letzten Woche im Kabinett beschlossenen Umsetzung von Teilen der Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED II) auch die in Federführung des Bundeswirtschaftsministers liegenden Anforderungen der Richtlinie umzusetzen, im Besonderen die Ermöglichung der gemeinschaftlichen Eigenversorgung und des Bürgerstromhandels für erneuerbare Energien entsprechend § 21 der Richtlinie?
11. Abgeordnete
Dr. Julia Verlinden
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche zusätzlichen Maßnahmen wird die Bundesregierung noch in dieser Legislaturperiode ergreifen, um den Energieverbrauch in Gebäuden zu senken und den Umstieg auf erneuerbare Energien in diesem Sektor zu beschleunigen, nachdem die von ihr beauftragte Expertenkommission zum Monitoring-Prozess „Energie der Zukunft“ in ihrer aktuellen Stellungnahme zum Monitoring-Bericht Energiewende festgestellt hat, dass sich der „Endenergieverbrauch im Bereich der Wohnebenso wie der Nichtwohngebäude in den vergangenen zehn Jahren seit Verabschiedung des Energiekonzepts der Bundesregierung praktisch nicht verändert“ hat (vgl. www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/S-T/stellungnahme-der-expertenkommission-zum-achten-monitoring-bericht.pdf?__blob=publicationFile&v=10?__blob=publikation-File&v=10, S. 32), und warum dehnt die Bundesregierung nicht die Nutzungspflicht für erneuerbare Energien auf den Gebäudebestand aus, wie es in Baden-Württemberg gültige Rechtslage ist und von der Expertenkommission ebenfalls empfohlen wird?
12. Abgeordnete
Annalena Baerbock
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Gesprächsangebote (bitte unter Angabe des Datums und Inhalts) vonseiten der neuen US-Administration gab es an die Bundesregierung bezüglich des Nord-Stream-2-Projekts (siehe www.handelsblatt.com/politik/deutschland/transatlantischer-konflikt-nord-stream-2-usa-stellen-deutschland-bedingungen-fuer-sanktionserlass/26872184.html?ticket=ST-277139-LFeNXwrM4vGeYxNwNMT9-ap3), und welche konkreten Eckpunkte soll der im Artikel genannte „Abschaltmechanismus“ beinhalten?
13. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Welche Aktivitäten zur Entwicklung des barrierefreien Tourismus unter Berücksichtigung der Maßgaben der UN-Behindertenrechtskonvention (insbesondere des Artikels 30) hat die Bundesregierung im Jahr 2020 gefördert, und was ist diesbezüglich für 2021 geplant (bitte detailliert aufgliedert nach Bundesministerien nennen)?

14. Abgeordneter
Dr. Dirk Spaniel
(AfD)
- Wie hoch ist die Gesamtsumme der Subventionen vonseiten der Bundesministerien, die die Firma „Tesla“ für den Bau ihrer Produktionsstätte in Brandenburg bisher erhalten hat und noch erhalten wird?
15. Abgeordnete
Eva-Maria Schreiber
(DIE LINKE.)
- In welcher Form hat die Bundesregierung die Verantwortlichen der Rafaella Resources Ltd. wie angekündigt gebeten, „künftig von missverständlichen, die UFK-Garantien betreffenden Äußerungen abzusehen und entsprechende Veröffentlichungen zu streichen“ (Antwort auf meine Mündliche Frage 34 in der Fragestunde vom 4. November 2020, Plenarprotokoll 19/188), und wie erklärt sie sich, dass das Interview mit dem Managing Director Steven Turner (www.youtube.com/watch?v=LDKXeIWFTS8&feature=youtu.be, Stand: 4. Februar 2021) nach wie vor online ist?
16. Abgeordnete
Dr. Manuela Rottmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Gesetzesvorhaben fallen unter das sogenannte Belastungsmoratorium für die Wirtschaft (vgl. www.tagesschau.de/wirtschaft/altmaier-herbstprognose-103.html), und nach welchen Kriterien werden diese ausgewählt?
17. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Handelt es sich nach Einschätzung der Bundesregierung bei dem Produkt BizzTrust (Rohde & Schwarz GmbH & Co. KG sowie Fraunhofer SIT), das nach Informationen der Kampagne „Justice for Myanmar“ in Myanmar vom Militär verwendet wird (www.justiceformyanmar.org/stories/myanmar-military-budget-and-procurement-files), um ein Dual-Use-Produkt, das unter die von der Bundesregierung in ihrer Antwort auf meine Mündliche Frage 13, Plenarprotokoll 19/205, genannten Ausfuhrbeschränkungen fällt, und wie begründet die Bundesregierung ihre Einschätzung?
18. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- In welcher Höhe hat die Bundesregierung im Jahr 2020 Exportkreditgarantien für Lieferungen und Leistungen (sogenannte Hermesbürgschaften) übernommen (bitte nach Sektoren auflisten sowie die fünf Länder mit den höchsten Gesamtdeckungsvolumina angeben), und wie viele dieser Hermesbürgschaften betrafen Rüstungsgüter (bitte die fünf Länder mit den höchsten Deckungsvolumina unter Angabe der Deckungssumme nennen)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz
und für Verbraucherschutz**

19. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Hat der Generalbundesanwalt anlässlich der neuen Ermittlungen zum Brandanschlag am 19. September 1991 auf die Geflüchtetenunterkunft in Saarlouis-Fraulautern und der Ermordung von Samuel Yeboah (www.saarbruecker-zeitung.de/saarlouis/saarlouis/durchsuchungen-in-saarlouis-verdaechtiger-im-mordfall-yeboah-ermittelt_aid-55934671) oder auch unabhängig davon ARP-Prüfvorgänge hinsichtlich weiterer mutmaßlich rassistisch bzw. rechtsextremistisch motivierter Bomben- und Brandanschläge eingeleitet, die bisher nicht aufgeklärt wurden, und wenn ja, wie viele Prüfvorgänge sind dies?
20. Abgeordnete
Judith Skudelny
(FDP)
- Ist die Bundesregierung der Ansicht, dass eine weitere Aussetzung der Insolvenzantragspflicht über den 30. April 2021 hinweg ein potenzielles Mittel zur Unterstützung der pandemiebedingt eingetrübten Wirtschaftslage ist?
21. Abgeordnete
Judith Skudelny
(FDP)
- Welchen Auslegungsmaßstab legt die Bundesregierung dem Ausnahmetatbestand in § 1 Absatz 3 Satz 3 erste Alternative des COVID-19-Insolvenzaussetzungsgesetzes, dass „offensichtlich keine Aussicht auf Erlangung der Hilfeleistung besteht“, zugrunde, und geht die Bundesregierung davon aus, dass geschädigte Unternehmen aufgrund der mangelnden Kenntnis von der Insolvenzlage durch weiterlaufende Geschäftsbeziehungen Liquiditätslücken bei gesunden Unternehmen verursachen können?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Soziales**

22. Abgeordneter
**Tobias Matthias
Peterka**
(AfD)
- Welche konkreten Maßnahmen ergreift die Bundesregierung bereits oder gedenkt sie noch zu ergreifen, um insbesondere Jugendliche, die im derzeitigen „Wirtschaftsshutdown“ die Schule geschlossen haben oder deren Abschluss unmittelbar bevorsteht, vor der Gefahr der längerfristigen Beschäftigungslosigkeit infolge eines bereits sich abzeichnenden, akuten Ausbildungsplatzmangels zu bewahren (vgl. dazu ZEIT ONLINE vom 25. Januar 2021, <https://zeit.de/gesellschaft/schule/2021-01/schulabschluss-corona-pandemie-nachteile-beruf-chancen>, zuletzt abgerufen am 28. Januar 2021)?
23. Abgeordneter
**Tobias Matthias
Peterka**
(AfD)
- Wie gedenkt die Bundesregierung, dem aufgrund der neu erlassenen SARS-CoV-2-Arbeitsschutzverordnung, aus meiner Sicht gerade vor dem Hintergrund der postulierten „Pflicht“ zum „Home-Office“ und in Rede stehenden Bußgelder, die derselben zur Durchsetzung verhelfen sollen (vgl. dazu bereits die Ankündigungen der Arbeitssenatorin Elke Breitenbach, Berliner Morgenpost vom 27. Januar 2021, <https://morgenpost.de/berlin/article231423383/Homeoffice-Pflicht-in-Berlin-IHK-kritisiert-Kontrollen.html>, zuletzt abgerufen am 28. Januar 2021), der Problematik der Einhaltung der Vorgaben der Datenschutz-Grundverordnung und daraus resultierenden Verpflichtungen, die vielfach als in Heimarbeit schlechterdings nicht leistbar dargestellt werden (vgl. hier bspw. Kinzig News vom 26. Januar 2021, <https://kinzig.news/9925/axel-ebbecke-homeoffice-angebot-ist-nicht-zu-ende-gedacht>, zuletzt abgerufen am 28. Januar 2021), zu entgegnen, gerade auch mit Blick auf etwaige Mehraufwendungen der Betriebe im Bereich Datensicherheit?
24. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann
(Zwickau)**
(DIE LINKE.)
- Wie vielen Pflegepersonen (Personen, die einen Pflegebedürftigen im Sinne der sozialen Pflegeversicherung pflegen) wurden nach Kenntnis der Bundesregierung jeweils in den Jahren 2017, 2018, 2019 und 2020 Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gezahlt, und wie viele Pflegepersonen bezogen jeweils in den Jahren 2018, 2019 und 2020 im Anschluss an die Pflege Tätigkeit Arbeitslosengeld?

25. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung jeweils in den Jahren 2018, 2019 und 2020 das an Pflegepersonen im Anschluss an die Pflegetätigkeit gezahlte Arbeitslosengeld im Durchschnitt, und wie lange beträgt derzeit deren durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit?
26. Abgeordnete
Kordula Schulz-Asche
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Zeitplanung besteht für die Erstreckung des Tarifvertrags Altenpflege, und wann können Beschäftigte mit einer tariflichen Bezahlung rechnen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

27. Abgeordneter
Martin Hohmann
(AfD)
- Inwieweit hat die Bundesregierung im Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) die Quoten aus dem Bundesgleichstellungsgesetz und die festgelegten Ziele im Gleichstellungsplan des BMVg umgesetzt vor dem Hintergrund von Eignung, Leistung und Bedarf?
28. Abgeordneter
Dr. Alexander S. Neu
(DIE LINKE.)
- Welche Kosten sind der Bundeswehr bisher für die derzeit von ihr betriebenen Drohnen entstanden (bitte wie auf Bundestagsdrucksache 17/14436, Antwort zu Frage 24, für jedes Modell nach Anschaffungskosten sowie Instandhaltungs-/Betriebskosten aufschlüsseln), und welche Gesamtzahl verlustig gegangener Systeme verzeichnet die Bundeswehr für jedes in der Vergangenheit genutzte Modell (bitte wie in der Antwort zu Frage 25 der genannten Bundestagsdrucksache den Grund des Verlustes – beispielsweise Absturz, kontrollierte Landung, im Einsatz zerstörte bzw. vermisste Drohnen – angeben)?
29. Abgeordneter
Dr. Alexander S. Neu
(DIE LINKE.)
- In welchen Fällen haben nach Kenntnis der Bundesregierung Angehörige der Bundeswehr oder der Bundespolizei im Zusammenhang mit der Ausbildung Dritter an Überwachungs- oder Aufklärungstechnik durch deutsche Rüstungs-/Technologie-Firmen (auch zu unbemannten Systemen wie die „LUNA“, „Heron 1“ oder „Heron TP“) Gelder von diesen Firmen erhalten (www.youtube.com/watch?v=-vj7tf_nvho; entweder unmittelbar oder aufgrund einer Zahlung an die entsendende Behörde), und auf welche andere Art und Weise hat die Bundeswehr oder die Bundespolizei die Firmen bei diesen Tätigkeiten unterstützt?

30. Abgeordnete
Kathrin Vogler
(DIE LINKE.)
- Hat auch das Luftwaffengeschwader 33 der Bundeswehr aus Büchel im letzten Jahr an der „jährlichen Nuklearübung der Allianz“ teilgenommen, von der der NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, begleitet von US-General Tod D. Wolters und der niederländischen Verteidigungsministerin Ank Bijleveld, auf dem US-Atomwaffenstützpunkt Volkel am 16. Oktober 2020 sprach (Secretary General visits Dutch airbase hosting NATO deterrence exercise. 16 Oct. 2020, www.nato.int/press/en/natohq/news_178834.htm, NATO-Nuklearübung: Ungewöhnlicher öffentlicher Schlagabtausch. 24. Oktober 2020, <https://augengeradeaus.net/2020/10/nato-nuklearuebung-ungewoehnlicher-oeffentlicher-schlagabtausch/>)?
31. Abgeordnete
Kathrin Vogler
(DIE LINKE.)
- Wird das Luftwaffengeschwader 33 der Bundeswehr aus Büchel im Herbst 2021 an der „jährlichen Nuklearübung der Allianz“ teilnehmen, von der der NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg am 16. Oktober 2020 auf dem US-Atomwaffenstützpunkt Volkel sprach?
32. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welche Themen waren Gegenstand der Beratungen der Bundesministerin der Verteidigung, Anngret Kramp-Karrenbauer, mit ihrem türkischen Amtskollegen Hulusi Akar am 2. Februar 2021 in Berlin („Ministerin trifft türkischen Amtskollegen im BMVg“, www.bmvg.de, 2. Februar 2021), und inwieweit waren mögliche neue Militäroperationen der Türkei in Nordostsyrien oder im Nord-Irak Teil der Gespräche („Angriffspläne der Türkei auf Nordostsyrien und Shengal im Nordirak“, Telepolis, 2. Februar 2021)?
33. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)
- Welche militärische Unterstützung, einschließlich Aus- und Fortbildung von Militärangehörigen, hat die Bundesregierung der jeweiligen myanmarischen Regierung seit 2012 geleistet, und welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Rolle von durch Deutschland aus- oder fortgebildeten myanmarische Soldaten beim Putsch in Myanmar Anfang Februar 2021?

34. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Für wann plant die Bundesregierung den Abzugstermin für die Bundeswehr aus Afghanistan, und gibt es nach der Aussage der Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer, wonach ein gemeinsamer Abzug mit den USA möglich sei (www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.t.einsatz-in-afghanistan-kramp-karrenbauer-wir-entscheiden-mit-den-usa-ueber-afghanistan-abzug.87d92467-014b-4481-a10a-000db45bdee1.html), auch in Deutschland wie in den USA (www.reuters.com/article/us-usa-afghanistan/u-s-should-delay-complete-troop-pullout-in-afghanistan-report-to-congress-idUSKBN2A32VU), Bestrebungen, die Bundeswehrsoldaten über Ende April 2021 hinaus in Afghanistan zu stationieren?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

35. Abgeordneter
Dr. Anton Friesen
(AfD)
- Wie viele Mittel standen im Jahr 2020 für den Sonderrahmenplan „Förderung der ländlichen Entwicklung“ bereit, und wie viele Mittel wurden abgerufen (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?
36. Abgeordneter
Markus Herbrand
(FDP)
- Stimmt die Bundesregierung meiner Auffassung zu, dass die bestehenden Kriterien zur Verpachtung von bundeseigenen Landflächen an Landwirtinnen und Landwirte bzw. Unternehmerinnen oder Privatpersonen um die Aspekte des umweltverträglichen Bewirtschaftens sowie eine zeitliche Begrenzung der Verpachtung zur Prüfung dieser umweltverträglichen Bewirtschaftung ergänzt werden sollten, um auch auf diesem Wege umweltfreundliches Handeln zu bestärken, und falls nein, wie gewährleistet die Bundesregierung, dass bundeseigene Flächen nicht durch jahrzehntelange oder gar generationenübergreifende Verpachtung an nicht umweltverträglich arbeitende Landwirtinnen und Landwirte bzw. Unternehmerinnen oder Privatpersonen dauerhafte Umweltschäden erleiden?
37. Abgeordnete
Annalena Baerbock
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Waldbrände gab es nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2020 in Deutschland (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln), und auf welchem Platz liegt das Jahr 2020 seit Beginn der statistischen Aufzeichnung von Waldbränden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Gesundheit**

38. Abgeordneter
Lars Herrmann
(fraktionslos)
- Mit wie vielen Todesfällen rechnet die Bundesregierung aufgrund nicht durchgeführter Impfungen gegen das SARS-CoV-2-Virus wegen des „Ruckeln bei der größten Impfkampagne der Geschichte“ (Interview in den Tagesthemen mit dem Bundesminister für Gesundheit Jens Spahn am 1. Februar 2021, www.tagesschau.de/sendung/tagesthemen/), und warum wurde nach Kenntnis der Bundesregierung erst beim Impfgipfel am 1. Februar 2021 ein einheitliches Lagebild für einen nationalen Impfplan erstellt, obwohl seit Weihnachten 2020 die Impfungen in Deutschland begonnen haben?
39. Abgeordnete
Corinna Rüffer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Bis wann plant die Bundesregierung, barrierefreie Informationen in deutscher Gebärdensprache, unvertitelten Videos und leichter Sprache zu den COVID-19-Schutzimpfungen auf entsprechenden Webseiten zu veröffentlichen (Bundesministerium für Gesundheit, Robert Koch-Institut, Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung etc.), und warum ist dies bisher noch nicht geschehen?
40. Abgeordnete
Corinna Rüffer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Gibt es nach Kenntnissen der Bundesregierung Probleme bei den Terminbuchungen aufgrund mangelnder barrierefreier Kontaktmöglichkeiten, und plant die Bundesregierung, eine Corona-Informationen-Hotline für gehörlose Menschen einzurichten?
41. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Können deutsche Sicherheitsbehörden nach Kenntnis der Bundesregierung ggf. nach De-Anonymisierung der an die Gesundheitsämter übermittelten Daten auf Daten aus den digitalen Einreiseanmeldungen bzw. den schriftlichen Ersatzanmeldungen zugreifen, die bei der Einreise aus Risikogebieten vorgenommen werden müssen, und wenn ja, in welchem Umfang haben sie hiervon bislang ggf. Gebrauch gemacht?
42. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um Produktionskooperationen bei der Impfstoffherstellung zwischen Pharmaunternehmen zu koordinieren, und erwägt die Bundesregierung, im Notfall auch eine verpflichtende Freigabe der Produktionslizenzen zu veranlassen?

43. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)
- Auf welchen Gesamtbetrag belaufen sich die bisher angefallenen sowie die zukünftigen Kosten des Bundes für die Bereitstellung von Gutscheinen für FFP2-Masken für 27 Millionen Menschen aus Corona-Risikogruppen (bitte Haushaltstitel sowie alle Kosten für Verwaltungs- und Sachaufwand einzeln angeben)?
44. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)
- Welche Maßnahmen unternimmt die Bundesregierung für einen bundeseinheitlichen Umgang im grenzüberschreitenden Verkehr im Hinblick auf die Einstufung eines Nachbarlandes als Hochinzidenzgebiet durch das Robert Koch-Institut, insbesondere im Hinblick auf den sogenannten kleinen Grenzverkehr sowie grenzüberschreitende Pendler?
45. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die Insolvenz vor allem kleiner Kliniken in ländlichen Regionen abzuwenden, vor der jüngst der Deutsche Landkreistag („Landkreistag sieht viele Krankenhäuser wirtschaftlich gefährdet“, Ärzteblatt, 1. Februar 2021) und bereits im Herbst der Bundesrechnungshof („Krankenhäuser: Rechnungshof schlägt Alarm“, ZDF, 15. September 2020) gewarnt haben, und wie ist der aktuelle Kenntnisstand der Bundesregierung über den Verlust von Krankenhauskapazitäten im Pandemiejahr 2020 durch die Schließung von Kliniken (Zahl der Kliniken, der Betten und der Arbeitsplätze, vgl. Antwort auf die Mündliche Frage 33 im Plenarprotokoll 19/203 vom 13. Januar 2021), auch nachdem verschiedene Medien über die Schließung von mindestens 20 Kliniken im Jahr 2020 berichtet haben („Kliniken werden geschlossen, obwohl das Gesundheitssystem vor dem Kollaps steht“, Berliner Zeitung, 21. Januar 2021)?
46. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit setzt sich die Bundesregierung – auch vorübergehend – für eine Freigabe von Patenten für Impfstoffe zum Schutz vor dem Coronavirus ein, wie zum Beispiel in der ZEIT vorgeschlagen wird (www.zeit.de/wirtschaft/2021-01/coronavirus-impfstoff-produktion-astrazeneca-eu-kommission-lizenzmodell), um die Produktion anzukurbeln, und wie weit bemüht sich die Bundesregierung um eine Zulassung des russischen Impfstoffes gegen COVID-19 durch die EU oder zumindest in Deutschland?

47. Abgeordnete
Kordula Schulz-Asche
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Über welchen Kenntnisstand verfügt die Bundesregierung hinsichtlich der wissenschaftlichen Datenlage von Impfstoffen aus China und Russland, die wahrscheinlich zu einer potenziellen europäischen Zulassung führen könnten (bitte für die einzelnen Länder gesondert auflisten)?
48. Abgeordnete
Dr. Manuela Rottmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Forschungsvorhaben laufen nach Kenntnis der Bundesregierung (ich gehe jedenfalls für deutsche und europäische Vorhaben von umfassender Kenntnis der Bundesregierung aus; ansonsten bitte klarstellen) zur Frage, ob und inwieweit die Wahrscheinlichkeit gesenkt ist, dass Geimpfte Corona übertragen, und wann werden Ergebnisse vorliegen?
49. Abgeordnete
Maria Klein-Schmeink
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie will der Bundesminister für Gesundheit Jens Spahn sein Versprechen einlösen, „die Liquidität der Krankenhäuser in der Krise [zu] sichern“ (vgl. www.faz.net/aktuell/wirtschaft/spahn-gibt-gehaelt-er-garantie-fuer-kliniken-ab-17122690.html), nachdem auch in der aktuellen Fassung der Verordnung zur Anpassung der Voraussetzungen für die Anspruchsberechtigung der Krankenhäuser nach § 21 Absatz 1a des Krankenhausfinanzierungsgesetzes (vgl. www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/3_Downloads/Gesetze_und_Verordnungen/GuV/A/Anspruchsberechtigung_der_Krankenhaeuser_BAnz_27.01.2021_V1.pdf) nicht alle Krankenhäuser Ausgleichszahlungen erhalten können, obwohl nachweislich viele Krankenhäuser von Erlösausfällen betroffen sind, die keinen Anspruch auf Ausgleichszahlungen haben (vgl. www.deutschlandfunk.de/coronakrise-landkreistag-viele-kliniken-wirtschaftlich.1939.de.html?drm:news_id=1222277)?

50. Abgeordnete
Maria Klein-Schmeink
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Vorschläge der Universitätsklinik und Maximalversorger, die in dem Brief der Wissenschaftsministerinnen und -minister der Bundesländer an den Bundesminister für Gesundheit Jens Spahn vom 28. Januar 2021 genannt wurden, also beispielsweise speziell für Uniklinika die Zusage einer Ausfallpauschale von 760 Euro pro Tag und Person, die Streichung des Kriteriums der Inzidenz von 70, bei der Abrechnung von Fällen mit COVID-19-Versorgung einen Zuschlag für jeden Belegungstag; und für alle Krankenhäuser die Verankerung einer gesetzlichen Regelung für Erlösrückgänge im Jahr 2021, explizit auch für den ambulanten Bereich, die Verankerung eines Anspruchs auf einen nachträglichen Krankenhausindividuellen Ausgleich für krisenbedingte Mehrkosten, die nicht durch das Budget 2021 abgegolten sind, Beibehaltung des Pflegeentgeltwerts in Höhe von 185 Euro, die dauerhafte Beibehaltung des 5-Tage-Zahlungsziels der Krankenkassen für die Begleichung von Krankenhausrechnungen und die Verlängerung der Ausgleichspauschalen bis mindestens Ende März 2021, plant die Bundesregierung umzusetzen, und für welche Arten von Krankenhäusern sollen sie gelten?
51. Abgeordnete
Dr. Kirsten Kappert-Gonther
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird die Bundesregierung vor Abschluss der 19. Wahlperiode eine Änderung der Approbationsordnung für Ärztinnen und Ärzte (ÄApprO) vornehmen, und wenn ja, wann?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

52. Abgeordneter
Dr. Marcus Faber
(FDP)
- Wie viele Gewerbegebiete in den elf Kreisen und drei kreisfreien Städten Sachsen-Anhalts besitzen nach Kenntnis der Bundesregierung bisher noch keinen Zugang zu Breitbandinternet mit mindestens 50 Mbit/s und mindestens 1 Gbit/s (bitte in absoluten Zahlen sowie in Prozent für die Kreise und kreisfreien Städte), und mit welchen Maßnahmen plant die Bundesregierung, den Ausbau an Breitbandinternet in den Bundesländern angesichts der Corona-Pandemie zu beschleunigen?

53. Abgeordneter
Sven-Christian Kindler
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Bundesstraßen in Niedersachsen sind derzeit (Stand: Februar 2021) mit einem Radweg ausgestattet (bitte Angabe in Kilometern), und wann plant die Bundesregierung, ein Verfahren zur Zustandserfassung der vorhandenen Radwege an Bundesstraßen fertigentwickelt und in Betrieb genommen zu haben, sodass deutlich wird, in welchem Umfang die vorhandenen Radwege an Bundesstraßen in Niedersachsen sanierungsbedürftig sind?
54. Abgeordneter
Sven-Christian Kindler
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Kilometer Schienenwege des Bundes in Niedersachsen wurden im Jahr 2020 elektrifiziert, und wie viele Planfeststellungsverfahren zur Elektrifizierung bestehender Schienenwege in Niedersachsen wurden im Jahr 2020 mit einem Planfeststellungsbeschluss beendet?
55. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf welchen Abschnitten der Gäubahn wurde/wird der volkswirtschaftliche Nutzen von fahrtzeitreduzierenden, baulichen Maßnahmen untersucht (bitte die Art der baulichen Maßnahmen beschreiben), und wie stellt sich die Rechtslage bei der Führung der Gäubahn über den Flughafen an den Hauptbahnhof Stuttgart nach Einschätzung der Bundesregierung dar, wenn nun mit einem „Gäubahntunnel“ aufgrund der Bauzeit die Züge länger in Stuttgart-Vaihingen enden müssen, obwohl dies im Planfeststellungsbeschluss für PFA 1.3a auf S. 149 ausdrücklich abgelehnt worden war („Nicht weiterverfolgt werden durfte die Variante, die in Böblingen oder Stuttgart-Vaihingen einen Endpunkt und einen Umstieg auf die S-Bahn zur Weiterfahrt zum Hauptbahnhof vorsah.“)?
56. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele der mit PC bzw. Laptops ausgestatteten Arbeitsplätze (Computerarbeitsplätze) im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur eignen sich für die Teilnahme an Videokonferenzen (ausgeschlossen reine Audio-Teilnahme)?
57. Abgeordnete
Margit Stumpp
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung, sich für ein europäisches Breitband-Satellitennetz einzusetzen, wie es eine Studie zum Thema Internet-Satellitennetz der Stiftung Wissenschaft und Politik empfiehlt, um nicht von internationalen Konzernen abhängig zu sein (vgl. www.sueddeutsche.de/wirtschaft/raumfahrt-esa-breitband-eu-internet-starlink-bundesregierung-spacex-1.5192574)?

58. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden ereigneten sich nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2019 im Bundesgebiet innerorts (bitte aufgeschlüsselt nach 30 km/h und niedriger, über 30 km/h sowie nach Unfallschwere: leicht verletzt, schwer verletzt, tödlich; bzw. nach Altersgruppen: Kinder, Jugendliche, Erwachsene), und plant die Bundesregierung aufgrund dieser Daten Änderungen der Möglichkeiten für Tempobeschränkungen in der Straßenverkehrsordnung zur Verbesserung der Verkehrssicherheit innerorts?
59. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch ist der jährliche Etat für Werbung, Öffentlichkeitsarbeit bzw. externe Kommunikation der Autobahn GmbH, und wie viele Stellen gibt es in der Autobahn GmbH für den Bereich Werbung, Öffentlichkeitsarbeit bzw. externe Kommunikation (bitte nach Besoldungsstufen aufschlüsseln)?
60. Abgeordneter
Dr. Christian Jung
(FDP)
- Plant die Deutsche Bahn AG nach Kenntnis der Bundesregierung, den Glasfaserausbau mit einer eigenen Tochtergesellschaft anzugehen statt mit privaten Unternehmen, und wie hoch wäre die finanzielle Unterstützung, die die Bundesregierung dafür zur Verfügung stellen würde (www.handelsblatt.com/politik/deutschland/staatskonzern-steigende-schulden-bringen-vorstand-der-deutschen-bahn-in-bedraengnis/26872040.html?ticket=ST-599372-wc9OMX1dSZAfLecK2eHf-ap1)?
61. Abgeordneter
Dr. Christian Jung
(FDP)
- Plant die Bundesregierung die Einführung einer Helmpflicht für Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer in Deutschland, wie sie bereits in anderen Ländern wie z. B. Australien besteht, und wenn nicht, wie will die Bundesregierung in Zukunft dazu beitragen, dass mehr Helme getragen werden (www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.sich-selbst-gefaehrden-duerfen-neue-debatte-um-die-fahrrad-helmpflicht.0676022e-7fea-43d4-bee3-027d78185515.html)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und nukleare Sicherheit**

62. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- In welcher Weise hat die Bundesregierung bei der Erarbeitung ihres Gesetzentwurfs „Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung von Vorgaben der Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen (Neufassung) für Zulassungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz, dem Wasserhaushaltsgesetz und dem Bundeswasserstraßengesetz“ (Bundesratsdrucksache 25/21) eine angemessene Beteiligung von Betroffenenverbänden, insbesondere von Naturschutzverbänden und Wassersportverbänden, gewährleistet, und inwieweit wird sie die Einwände des Deutschen Angelfischerverbandes vom 19. Januar 2021 (<https://dafv.de/referate/gewaesser-und-naturschutz/item/440-bundestagö-beschliesst-schwere-eingriffe-in-fliessgewaesser>) im weiteren Gesetzgebungsverfahren berücksichtigen?
63. Abgeordnete
Sylvia Kötting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wurden die für die Urenco und ANF Lingen für eine Ausfuhr nach Russland genehmigten Mengen von angereichertem Uran bereits vollständig ausgeschöpft (ggf. bitte unter Angabe des jeweiligen Datums der Transporte, vgl. www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Nukleare_Sicherheit/ausfuhrgenehmigungen_brennelemente_bf.pdf), und wird die Bundesregierung die Exportgenehmigungen dieses grundsätzlich auch für eine militärische Nutzung geeignetes Material nicht zuletzt vor dem Hintergrund des Hafturteils gegen Alexej Nawalny unverzüglich aufheben?
64. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen generell und konkret für das betroffene Unternehmen ANF zieht die Bundesregierung aus dem illegalen Export von Brennelementen aus Deutschland am 18., 20. und 21. Januar 2021 in das belgische Atomkraftwerk Doel (Bericht der Bundesregierung zu TOP 10 der 95. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit des Deutschen Bundestages; Ausschussdrucksache 19(16)522)?
65. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aus welchem sachlichen Grund setzt die Bundesregierung das im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD angekündigte Exportverbot von Brennelementen an sicherheitstechnisch bedenkliche Atomkraftwerke nicht um?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

66. Abgeordnete
**Eva-Maria
Schreiber**
(DIE LINKE.)
- Welche Folgen für Entwicklungs- und Schwellenländer, die auf energie- und kohlenstoffintensive Rohstoffexporte ausgelegt sind (wie etwa Mozambique und Tadschikistan mit Exporten energieintensiver Güter in die EU von 85 Prozent bzw. 71 Prozent in den Jahren von 2004 bis 2008, www.welthungerhilfe.de/welternaehrung/rubrike/entwicklungspolitik-agenda-2030/was-bedeutet-europas-green-deal-fuer-entwicklungslaender/), erwartet die Bundesregierung durch den im Rahmen des European Green Deals anvisierten CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (Bundestagsdrucksache 19/20953, Frage 73), und welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, insbesondere für Least Developed Countries (LDCs), zu ergreifen, um eventuellen wirtschaftlichen Schaden von diesen Ländern abzuwenden?
67. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen hat der Abzug der US-Truppen aus Somalia (www.zeit.de/politik/ausland/2021-01/us-truppenabzug-somalia-afrika-donald-trump) für die Zusammenarbeit des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) mit dem „Friedens- & Nexuspartnerland“ Somalia, und welche konkreten Projekte sind derzeit Gegenstand der Zusammenarbeit (bitte nach Projekten und Finanzvolumen auflisten)?
68. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie begründet die Bundesregierung die Fortführung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit Äthiopien, obwohl sich die Europäische Union – die sich für eine Aussetzung der EU-Entwicklungsgelder entschieden hatte – ein einheitliches Vorgehen der EU-Mitgliedstaaten gewünscht hätte (www.devex.com/news/ethiopia-looks-to-get-many-amid-eu-funding-fight-99034), und inwiefern werden Mittel, die im Rahmen der Reformpartnerschaft mit Äthiopien zugesichert wurden, weiter ausgezahlt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

69. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Wie erklärt die Bundesregierung im Kontext des Public Corporate Governance-Kodex des Bundes, dass es für externe „Beratungs- und Unterstützungsleistungen“ keine einheitliche Definition in den einzelnen Bundesministerien gibt (www.faz.net/aktuell/politik/inland/bundesregierung-mehr-als-500-mio-fuer-externe-berater-16609816.html)?
70. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was waren die drei häufigsten Beschwerdegründe von Verbraucherinnen und Verbraucher gegen Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitute, die im Jahr 2020 bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) eingingen, und in wie vielen Fällen hat die BaFin im Jahr 2020 weitere Schritte gegen Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitute unternommen, über die es vonseiten der Verbraucherinnen und Verbraucher Beschwerden gab (bitte in Relation zur Gesamtzahl der im Jahr 2020 eingegangenen Beschwerden angeben; vgl. www.handelsblatt.com/finanzen/banken-versicherungen/finanzaufsicht-unmut-ueber-banken-waechst-kunden-reichen-mehr-beschwerden-bei-der-bafin-ein-/26865080.html?ticket=ST-5329687-AgctYTAC3InA06viWGYm-ap2)?
71. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Teilen alle Mitglieder der Bundesregierung und insbesondere die Bundeskanzlerin den Vorschlag vom Chef des Bundeskanzleramts und Bundesministers für besondere Aufgaben Dr. Helge Braun zur Finanzierung der Folgekosten der Corona-Pandemie die Schuldenbremse in Artikel 109 GG formell länger auszusetzen beziehungsweise zu lockern (www.tagesspiegel.de/politik/dramatische-explosion-der-corona-kosten-merkels-blick-in-ein-schwarzes-loch/26860602.html), oder erwägt die Bundesregierung, sich zum gleichen Zweck auf die Ausnahmeklausel dort in Absatz 3 Satz 2 „für Naturkatastrophen oder andere außergewöhnliche Notsituationen“ zu berufen?
72. Abgeordneter
Bernd Reuther
(FDP)
- Wie hoch belaufen sich die zusätzlichen Ausgaben der Bürgerinnen und Bürger aufgrund der Mehrwertsteuersenkung im Zuge der Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie nach Kenntnis der Bundesregierung, und erachtet die Bundesregierung diese Mehrwertsteuersenkung als geeignetes Instrument, um die Bürgerinnen und Bürger zu zusätzlichen Ausgaben zu bewegen?

73. Abgeordneter
Markus Herbrand
(FDP)
- Erwägt die Bundesregierung, den Vorschlag des stellvertretenden Vorsitzenden der Fraktion der CDU/CSU und Vorsitzenden der CDU-Mittelstandsvereinigung, Carsten Linnemann, aufzugreifen, nach dessen Ansicht die Regelungen des Erbschaftsteuerrechts Kurzarbeit nicht ausreichend berücksichtigen, weshalb das Erbschaftsteuerrecht so angepasst werden sollte, dass die Kurzarbeit in den Krisenjahren wie eine Fortsetzung der regulären Lohnzahlung gewertet wird (vgl. Welt am Sonntag, Bundesausgabe Nr. 4/2021 vom 24. Januar 2021, S. 28), um dadurch zu verhindern, dass das infolge der Corona-Lockdown-Politik vielfach nicht mehr mögliche – aber für die Verschonungsregel bei der Erbschaftsteuer nach wie vor zu erfüllende – Einhalten der Lohnsummenregelung zu Erbschaftsteuernachforderungen und damit gleichbedeutend zu Liquiditätsengpässen führt, und falls nein, wie wird die Bundesregierung ohne Anpassung der Lohnsummenregelung verhindern, dass es infolge von durch Erbschaftsteuernachforderungen bedingten Liquiditätsengpässen zur Insolvenz der betroffenen Unternehmen und der dadurch bedingten, rechtlich unausweichlichen sofortigen Nachforderung der gesamten Erbschaftsteuer auch aus dem privaten Vermögen der Familieneigentümer kommt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat

74. Abgeordneter
Martin Hohmann
(AfD)
- Welche Fallzahlen gab es nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten drei Jahren jeweils zu Vergewaltigungen, sexueller Nötigung und häuslicher Gewalt?
75. Abgeordneter
Lars Herrmann
(fraktionslos)
- Bleibt das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) vor dem Hintergrund der aktuellen Rechtsprechung zur Anrechnung der Ruhepausen, beispielsweise durch das Verwaltungsgericht (VG) Trier sowie des VG Hannover bei seiner Rechtsauffassung, oder ist nach Kenntnis der Bundesregierung mit einer entsprechenden Anpassung an die – zumindest bei den Verwaltungsgerichten – vorherrschenden Rechtsmeinung zu rechnen, und falls nein, warum nicht?

76. Abgeordneter
Manuel Sarrazin
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Personen (d. h. von Verfolgung betroffene Menschen und ihre Kernfamilien) aus Belarus sollen maximal gemäß § 22 Satz 2 des Aufenthaltsgesetzes in Deutschland aufgenommen werden, und ab wann werden betroffene Personen ein entsprechendes Einreise-Visum bei der Deutschen Botschaft in Minsk beantragen können?
77. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)
- Welche Verwaltungsdienstleistungen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2020 neu digitalisiert und können seitdem von allen Bundesbürgerinnen und Bundesbürgern mit der freigeschalteten Online-Ausweisfunktion des Personalausweises genutzt werden, und wie hat sich die Zahl der Bürgerinnen und Bürger mit freigeschalteter eID-Funktion in den vergangenen fünf Jahren entwickelt (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?
78. Abgeordnete
Luise Amtsberg
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Gründe bestehen abseits von Maßnahmen rund um COVID-19 dafür, dass der Aufnahmeprozess der 1.553 anerkannten Schutzberechtigten aus Griechenland so schleppend verläuft angesichts der seit Anfang Oktober 2020 bisher nur 333 in Deutschland angekommenen Menschen (vgl. BMI – Presse – Weiterer Flug aus Griechenland: 1.561 Menschen in Deutschland angekommen (bund.de) und Antwort auf die Schriftliche Frage 10 der Abgeordneten Margarete Bause auf Bundestagsdrucksache 19/25900), und welche Überprüfungen, unabhängig der Sicherheitsüberprüfungen, werden von Mitarbeitenden deutscher Behörden im Zuge der Aufnahme anerkannter Schutzberechtigter vor Ort durchgeführt?
79. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern fand vor Einführung der neuen verschärften Testpflicht an der deutsch-tschechischen Grenze eine Koordination zwischen verantwortlichen Stellen in beiden Ländern statt, und welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um Staus und lange Wartezeiten für die betroffenen Pendler zu verhindern (vgl. www.onetz.de/oberpfalz/amberg/einreisebestimmungen-bringen-tschechen-chefs-grenzen-id3174166.html)?
80. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zur Wirksamkeit der aufenthaltsrechtlichen Verbote zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit bzw. der gesetzlichen Beschäftigungsverbote (vgl. www.bmas.de/DE/Arbeit/Fachkraeftesicherung-und-Integration/Migration-und-Arbeit/Flucht-und-Asyl/arbeit-smartzugang-fuer-fluechtlinge.html) hinsichtlich deren Einfluss auf die Mitwirkung in aufenthaltsrechtlichen Verfahren, und welche Schlüsse zieht sie daraus?

81. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hat sich die Zahl der Menschen ohne Asyl- oder ausländerrechtlichen Aufenthaltsstatus, ohne Duldung und ohne behördliche Fassung in Deutschland (Illegalisierte) nach Kenntnis der Bundesregierung zwischen den Jahren 2015 und 2020 entwickelt, und welche der bereits im Jahr 2017 getroffenen Empfehlungen des Katholischen Forums Illegalität (Positionspapier vom Februar 2017) plant die Bundesregierung umzusetzen, insbesondere mit Blick auf Ausnahmen der Übermittlungspflicht nach § 87 Absatz 2 des Aufenthaltsgesetzes?
82. Abgeordneter
Fabio De Masi
(DIE LINKE.)
- Liegen der Bundesregierung oder ihren Sicherheitsbehörden Erkenntnisse vor, nach denen deutsche Abgeordnete zum Ziel der Ausforschungen des ehemaligen Beamten des österreichischen Bundesamts für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung und mutmaßlichen Fluchthelfers des flüchtigen Ex-Wirecard-Vorstands Jan Marsalek, M. W., geworden sein könnten (vgl. www.berliner-zeitung.de/wirtschaft-verantwortung/wirecard/wirecard-liess-marsalek-deutsche-politiker-ausspionieren-li.136760)?
83. Abgeordneter
Fabio De Masi
(DIE LINKE.)
- Verfügen die Bundesregierung bzw. deutsche Sicherheitsbehörden über Erkenntnisse zu Kontakten bzw. Zusammenarbeit des ehemaligen Geheimdienstkoordinators der Bundesregierung Bernd Schmidbauer mit dem früheren Beamten des österreichischen Bundesamts für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung M. W., der kürzlich wegen mutmaßlicher Fluchthilfe für Ex-Wirecard-Vorstand Jan Marsalek verhaftet wurde (vgl. www.sueddeutsche.de/wirtschaft/wirecard-fabio-de-masi-1.5195074)?
84. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Wie viele Asylsuchende aus der Türkei sind nach Kenntnis der Bundesregierung seit dem Jahr 2017 bis einschließlich dem Jahr 2020 laut der ab Januar 2017 zur Verfügung stehenden auf Personendaten basierenden Asylgesuch-Statistik in Deutschland neu registriert worden, und wie hoch war die bereinigte Schutzquote in Bezug auf Asylsuchende aus der Türkei in diesen Jahren (bitte entsprechend der Jahre in absoluten und relativen Zahlen angeben, vergleiche die Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 25 auf Bundestagsdrucksache 19/17175)?

85. Abgeordneter
Dr. Anton Friesen
(AfD)
- Wie viele „Assad-Anhänger“, die vor dem sog. Islamischen Staat (IS) aus Syrien geflohen sind, haben nach Kenntnis der Bundesregierung in Deutschland seit dem Jahr 2015 Asyl beantragt (www.n-tv.de/politik/Abschiebungen-nach-Syrien-ab-2021-moeglich-article22228305.html), und wie viele dieser Anträge wurden anerkannt?
86. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Haben die Bundesregierung oder ihr nachgeordnete Stellen konkrete gefährdungsrelevante Erkenntnisse oder Hinweise über Angriffe auf Firmensitze oder Betriebsstätten von Impfstoffherstellern, auf Impfzentren oder auf Transport- und Lagerstätten, und werden Angriffe auf die genannten Ziele durch die Bundesbehörden gesondert erfasst?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

87. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung Berichte über den möglichen Einsatz von Hunger als Waffe durch die äthiopische Regierung im Tigray-Konflikt (www.economist.com/leaders/2021/01/23/ethiopia-government-appears-to-be-wielding-hunger-as-a-weapon), und welche Konsequenzen zieht sie daraus für die Sicherheitskooperation mit den äthiopischen Streitkräften (www.fanabc.com/english/ethiopia-germany-vow-to-strengthen-military-cooperation/)?
88. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- An welche konkreten Zahlungsempfänger hat die Bundesregierung die im November 2020 bereitgestellten 700.000 Euro im Rahmen der Unterstützungsleistung durch das Auswärtige Amt (vgl. meine Mündliche Frage 70, Plenarprotokoll 18/203, 25615 D) für die Versorgung von Geflüchteten in und um Lipa zur Verfügung gestellt (bitte unter Nennung der konkreten Zahlungsempfänger aufschlüsseln)?

89. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- Inwieweit ist der Bundesregierung bekannt, dass Presseberichten zufolge der Empfänger von deutschen Hilfsgeldern in Höhe von mindestens 25 Millionen Euro für das Häuserprojekt in dem von Dschihadisten und türkischen Sicherheitskräften kontrollierten Mashhad Ruhin im Gouvernement Idlib, der Türkische Rote Halbmond (türkisch: Türkiye Kıızılay Derneği), aufgrund einer Korruptionsaffäre hochumstritten ist (<https://anfdutsch.com/aktuelles/bundesregierung-zahlt-25-millionen-an-tuerkischen-roten-halbmond-17056>), und kann die Bundesregierung ausschließen, dass deutsche Hilfsgelder direkt oder indirekt an die dort aktive und in Deutschland, u. a. aufgrund einer Spende an die Hamas (<https://taz.de/Verbot-der-Hilfsorganisation-IHH/!5139178/>), verbotene Organisation IHH geflossen sind?
90. Abgeordneter
Ottmar von Holtz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die durch Sicherheitskräfte verübten Tötungen von mindestens zehn Demonstrierenden in der angolanischen Minenortschaft Cafunfo bezüglich der Frage, ob diese tatsächlich auf angebliche Autonomiebestrebungen oder eher auf Proteste gegen die Lebensbedingungen zurückzuführen sind, und inwiefern hat die Bundesregierung gegenüber der angolanischen Regierung eine transparente und unabhängige Aufarbeitung der Gräueltaten verlangt (www.amnesty.org/en/latest/news/2021/02/angola-shooting-spree-by-security-forces-kills-at-least-10-protesters/)?
91. Abgeordneter
Ottmar von Holtz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Erkennt die Bundesregierung das Wahlergebnis der Präsidentschaftswahl in Uganda vom 14. Januar 2021 an, wonach Präsident Yoweri Kaguta Museveni mit 58 Prozent der Stimmen wiedergewählt wurde, und inwiefern plant die Bundesregierung, mögliche Gespräche zwischen Yoweri Museveni und Robert Kyagulanyi Ssentamu aktuell oder zukünftig mit Methoden der zivilen Konfliktbearbeitung zu unterstützen (www.observer.ug/news/headlines/68335-bobi-approached-for-talks-with-museveni)?

92. Abgeordnete
**Dr. Kirsten
Kappert-Gonther**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Erwägt die Bundesregierung, den Vorschlag des SPD-Politikers Helge Lindh aufzugreifen, wonach – sofern es bei der nächsten Tagung der „Benin Dialogue Group“ zu keiner Einigung bzgl. der Rückgabe gestohlener Kulturgüter an Nigeria kommt – Deutschland „eigentätig eine Einigung mit Nigeria suchen“ sollte (vgl. www.tagesspiegel.de/politik/diplomatisches-verwirrspiel-um-die-benin-bronzen-nigeria-wirft-bundesregierung-pedanterie-im-raubkunst-streit-vor/26792676.html), und wenn ja, in welchem Umfang ist die Bundesregierung hierbei zu dauerhaften Restititionen insbesondere von „Benin Bronzen“ bereit?

